

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,50 Reichsmark, durch Hausabnahme ohne Zuzugelohn 1,40 Reichsmark, durch die Post 1,85 Reichsmark u. 40 Kopfschilling Zuzugelohn. Einmalige Anzeigen-Annahme: jeden Wochentag. Die Anzeigen werden nach Kolonial-Zeitung berechnet, die Zeile 0,51 Reichsmark.

Dr. Marx Ministerpräsident / Bartels Landtagspräsident.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Reichsminister a. D. Dr. Marx, der zum preuß. Ministerpräsidenten gewählt ist.

Reichsminister Lütkefentz fand auch bei seinem auf den Besuch von Köln folgenden Besuch in München eine außerordentlich herzliche Aufnahme. Der Reichspräsident des bayerischen Landtages betonte in seiner Ansprache, daß er in dem Besuche die Anerkennung der bodenmäßigen Eigenart der einzelnen Länder gegenüber der Zentralgewalt des Reiches liege, wobei er Lütkefentz in seine feiner eine liberalere Behandlung der Länder verheißende Regierungserklärung beistimmte.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage verurteilte der vierte Strafsenat des Reichsgerichts gestern den früheren Polizeibeamten Richard Leporz aus Kattowitz zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenverlust. In der Zeit vom Mai 1922 bis September 1923 hatte Leporz mehrere wichtige Aktenstücke der Hilfs-polizei der politischen Behörde ausgeliefert.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen laufen weiter, doch wird über die Ergebnisse nichts bekannt. Gegen Ende der Woche soll voraussichtlich eine Vollendung der Delegierten stattfinden.

Auf dem Sozialistenkongress in Grenoble (Frankreich) wurde die Politik Herriot teilweise (sogar fast) kritisiert. Herriot bezeichnete die von Herriot in seiner letzten großen Rede entwickelte Theorie vom linken Rheinufer als „abstrus“, sie habe 1917 den Friedensschluß verhindert und habe dem französischen Volk ein Jahr die Kräfte Louis XIV. und Napoleons eingebracht.

Sonnes berichtet aus Marzelle, daß sich im Laufe der Nacht auf den Polizeikommissariaten der Stadt etwa 100 Personen gemeldet haben, die, als sie aus einer katolischen Verwallung nach Hause gingen, überfallen und verlegt worden sind.

Der Papst wandte sich in einer Ansprache anlässlich der Heiligensprechung der Französin Bernadette und Cubes in scharfen Worten gegen die kirchenselbstliche Politik Herriot.

Die Pariser „Liberté“ veröffentlicht ein vertrauliches Schreiben des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, das von Sinowjew unterzeichnet und aus dem Führer der französischen Kommunisten, den Abgeordneten Cadin, gerichtet sein soll. Dieses Schreiben beauftragte sich mit der kommunistischen Propaganda in Nordafrika und kündigte die Sendung von 1.500.000 Francs an zwecks Förderung der kommunistischen Propaganda in den französischen Kolonien.

Gelänglichlich kommunistischer Demonstrationen gegen die Luxemburger kam es in Prag zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Nach der in Buenos Aires erschienenen „Nacion“ erklärte der Vizepräsident der spanischen Sozialistischen Partei, die Militäraktoren haben die Arbeiterorganisationen nicht respektiert, als es die frühere Zivilregierung getan habe.

Stichwahl zwischen Marx und von Richter Marx erhält 223 Stimmen.

Berlin, 10. Februar. Im Landtage wurden bei der Wahl des Ministerpräsidenten 44 glittige Stimmen abgegeben. Daron erhielten Dr. Marx 219 Stimmen, Finanzminister a. D. v. Richter (DStP) 153 St., Körner (Rad.-Soz.) 11 St., Pöschel 43 St., v. Campe 1 St., Ladenborff (Mittl.-R.) 16 St. Da keiner die Hälfte der abgegebenen glittigen Stimmen erhalten hat, ist Stichwahl zwischen Dr. Marx und v. Richter erforderlich. In der Stichwahl wurden 445 Stimmzettel abgegeben. Er erhielten Dr. Marx 223 St., v. Richter 162 St. Ungültig waren 43 St., unbefuglich 17 Zettel. Damit ist Dr. Marx zum Ministerpräsidenten gewählt.

Stichwahl zwischen Bartels und von Kries. Bartels erhält 215 Stimmen.

Berlin, 10. Februar. Im Preussischen Landtage wurden bei der Wahl des Landtagspräsidenten 443 Stimmzettel abgegeben. Er erhielten Bartels 215 Stimmen, Dr. v. Kries 179 St., Pöschel 43 St., Unbefugte waren 4 Stimmzettel, ungültig einer. In der Stichwahl wurde Bartels mit 215 gegen 162 Stimmen gewählt.

Die deutsche „Tscheka“ vor Gericht.

Der große Tscheka-Prozess nahm Dienstag unter formalem Andrang des Publikums vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schluß der Republik in Leipzig seinen Anfang. Kurz nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Vorsitzenden, Senatspräsidenten Riebler, teilte einer der Verteidiger der sechzehn Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, mit, daß er den Senatspräsidenten Riebler als Zeugen geladen habe. Der Reichsanwalt äußerte sich, daß es Unmöglichkeit des Reichsgerichtes sei, Zeugenaussagen von Gerichtspräsidenten für unzulässig zu halten. Ein Gerichtsbeschluss vertritt auf diesen Standpunkt. Dann wurden die Personalien der Angeklagten festgestellt, wobei sich der Angeklagte Fabrikarbeiter Rudolf Margies weigerte, Auskunft über seine Personalien zu geben. — Hierauf leitete Rechtsanwalt Dr. Wolf als Verteidiger das gesamte Gericht in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung, insbesondere den Vorsitzenden, Senatspräsidenten Riebler, an. Der Reichsanwalt erklärte, daß die Schärfe seiner Urteile bisher nur gegen revolutionäre Arbeiter gerichtet. Der Vorsitzende habe in Königsberger Hochverratsprozess die Parteiführung der Kommunisten als „ruffähig“ bezeichnet. Ein solcher Richter müßte als eingetragener Zeuge in weiteren Gerichtsverfahren nicht mehr in Anspruch genommen werden. Nach der Aussage des Reichsanwalts wurde in der Verhandlung der Hauptangeklagte Neumann einvernommen.

Die Ablehnung des gegen Senatspräsidenten Riebler ergriffenen Vertrags. Ein weiterer Gerichtsbeschluss lehnt dann auch den Antrag ab, der das gesamte Gericht wegen Befangenheit ablehnen wollte.

Nach einer Mittagspause wurde in der Verhandlung des Hauptangeklagten Neumann einvernommen.

Sudapest, 11. Februar. Der Ministerrat hat die Details betreffend die Wiedererrichtung des Herrenhauses festgelegt. Das Magnatenhaus soll 243 Mitglieder ebenso wie die bisherige Nationalversammlung zählen. Mit dem Rechte der Geburt können nur einzelne großbürtige männliche Mitglieder der königlichen Familie im Magnatenhaus Platz. Von den Mitgliedern des früheren Magnatenhauses werden 36 gewählt werden.

Aus der türkischen Hauptstadt wird gemeldet: Die Engländer führen fort, im Petrolumgebiet von Mosul eine Politik der Gewalt und des Schreckens anzuwenden, um die Volksstimmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Trotz der gewalttätigen Unterdrückung weigern sich aber die hauptsächlichsten Führer, ihre Stimme für England abzugeben.

Der preussische Landtag vertagte sich nach den Wahlen auf den 18. Februar zur Entgegennahme der Regierungserklärung in Verbindung mit der Besprechung. Ferner steht der Antrag v. Campe über die Auslegung des Art. 45 der Verfassung über die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung.

Die nächsten Schritte des neuen Ministerpräsidenten.

Ueber die Wahl Marx' zum preuß. Ministerpräsidenten schreibt das offizielle Zentrumorgan, die „Bismarck“:

Marx hat die Wahl noch nicht angenommen. Er wird dies erst tun, wenn er die Verhandlungen mit den Parteien abgeschlossen hat. Alle Mitteilungen über die Namen der zukünftigen Minister sind verfehlt. Marx wird erst heute die Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen. Er wird sich mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen mit allen Parteien in Verbindung setzen. Von dem Verhalten der Parteien wird es dann abhängen, wie Marx sich sein Ministerium bilden wird. Hierbei die Deutsche Volkspartei bei ihrem ablehnenden Standpunkt, dann wird Marx ein Kabinett bilden, das sich parlamentarisch in der Hauptlinie auf Zentrum und Demokraten stützt. Innenminister wird Severing bleiben, dessen künftige Ernennung ernstlich nicht bezweifelt werden könnte.

getreten. Ueber sein Vorleben gibt er an, daß er als Parteisekretär im Jahre 1921 nach Frankfurt a. M. berufen worden sei, diesen Posten aber niedergelegt und nach Berlin zurückgekehrt sei, um den Vorstand in der kommunistischen Reichszentrale geworden wäre. Die KPD sei im Sommer 1923 sehr stark gewesen. Senatspräsident Riebler fragte, zu welchem Zwecke die KPD in die lässliche Regierung eingetreten sei. Neumann antwortete kurz zu dem Zweck, um den Vorstand zu realisieren. In einer Sitzung in Berlin im September sei beschlossen worden, daß ein kommunistisches Regierungsmitglied von der Tribüne des Landtages aus erklären sollte, daß der Parlamentarismus überwinden sei und daß der besannene Aufstand folgen müßte.

Senatspräsident Riebler fragte, wie die militärische Organisation entstanden sei. Neumann erklärte, sie entwickelte sich aus dem Ordnungsdienst. Daraus seien später Hunderttausende gebildet und ausgerüstet worden. Senatspräsident Riebler: hat ein revolutionäres Komitee bestanden? Neumann bejahte das.

Das Komitee bestand aus sieben Mitgliedern, zu denen Klein und Ulbrich gehörten, so wie ein russischer General. Dieser General sei der jetzige Angeklagte Grolowitsch, dem ein Generalstab aus russischen Revolutionären zur Seite gefunden habe. Die stalinischen unterland den Reichstagsabgeordneten Feder und Iwan Kap. Der jetzige preussische Landtagsabgeordnete Ried habe die Abteilung der Kraftwagen, die sogenannte Bundes, geleitet.

Neumann erklärte weiter, daß in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Koenen zwei Briefe von der Zentrale und dem Senatspräsident Riebler: hat ein revolutionäres Komitee bestanden? Neumann bejahte das.

Lothi, 10. Februar. Das Kabinett billigte den Text des russisch-japanischen Abkommens.

Wälderemeldungen zufolge wird sich in nächster Zeit eine politische diplomatische Mission nach Afghanistan begeben, um eine unmittelbare Verbindung zwischen den beiden Staaten herzustellen.

Diese Meldung ist als ein weiteres Anzeichen der von den Westmächten begonnenen Einwirkungs- und Einverleibungs- und dementsprechend interessanter, da Afghanistan, das hinterland Indiens, zentralasiatisch ist, einen außerordentlich großen Reichtum besitzt und in der Lage wäre, durch einen Einfall in das benachbarte russische Raumgebiet der Selbstverleibung Angländern einen außerordentlich großen Erfolg zu verheßen. Der Gedanke, die Sowjetmacht von Afghanistan her auszurollen, wäre vielleicht gar nicht so abwegig.

Wir wollen keine Schwarz-rote Regierung!

Der bisherige Ministerpräsident Braun ist mit seinem Verzicht, eine Schwarz-rote Regierung unter gnädiger Mitwirkung der einflußreichsten Demokraten zu bilden, nach Verzicht wertvoller Wochen gearbeitet. Jetzt vertritt man das gleiche, nur unter anderer Aufmachung: statt des sozialistischen Regierungschefs nimmt man einen Zentrumangehörigen, und in die Regierung will man außer dem einen Sozialisten Severing nur Zentrumseule und Demokraten hineinnehmen. Besonders auch das Kultusministerium soll einem Zentrumsmittglied zugeordnet sein.

Der Sache nach ist der neue Plan fast der gleiche wie bisher, höchstens noch schlimmer: die Sozialdemokraten würden als stärkste Koalitions-partei auch die neue Regierung beherrschen, nur würde das Zentrum, durch den Verzicht auf seinen Führer geeint, darin einen noch größeren Einfluß auf Preußens Geschicke haben.

Man braucht durchaus nicht den Hier in Mitteldeutschland stärker als in anderen Teilen unseres Landes hervortretenden Widerspruch der Protestanten gegen die immer weiter sich ausbreitende Ultramontanisierung unserer Politik und unsere Erziehungsweltens sich zu eigen zu machen und muß trotzdem Gegner dieser römischen Herrschaft über unser überwiegend protestantisches Land sein. Die zwiespältige Politik der katholischen Kirche, die in Italien und Frankreich auf das Entschiedenste die militärische und nationalistische Reaktion unterstützt, in Deutschland aber durchaus die internationalistischen Tendenzen fördert, die die bei uns die dem gesunden, unverbirrten Volkssinnenden als unchristlich erscheinende Verbindung mit der grundsätzlich atheistischen und religionsfeindlichen Sozialdemokratie eingegangen ist, kann nie und nimmer geeignet sein, unser Land und Volk der inneren und staatlichen Gefährdung auszuführen, da ihr die dazu nötige moralische Untadeligkeit, die sittliche Ueberzeugungstreue fehlt. Sollte die Zentrumsherrschaft trotzdem kommen, so ist zu befürchten, daß sie im protestantischen Empfinden eine so starke Spannung auslöst, daß wir zu all den schon fast unüberwindlichen Gegenständen auch noch einen Kulturkampf zwischen Protestantismus und Katholizismus bekommen.

Deshalb kann man nur wünschen, daß auch dieser neue Verzicht scheitert und das Zentrum durch in die Reichs folgliche Politik eintritt. Nurfalls aber nicht lieber Neuwahl erfolgen, die den Reichspräsidenten nach all den Ständebildern der Revolutionsgrößen vermutlich endlich die entscheidende Majorität bringen würde.

Aufwertung und Reichseinnahmen.

Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen nahm gestern vom Staatssekretär Dr. Köppl eine Erklärung über die Steuerreformpläne der Reichsregierung entgegen. Der Staatssekretär teilte mit, daß die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kabinett in den letzten Tagen behäftigt und seien heute dem Reichsrat zugegangen. Dabei handele es sich allerdings nur um die reinen materiellen Steuererleichterungen.

In seinen sehr ausführlichen Darlegungen sprach der Staatssekretär auch über das Aufwertungsproblem:

Er betonte, es geht unter seinen Umständen an, das Problem der Aufwertung losgelöst von der Einnahmehemlichkeit zu lösen; es werde nicht mehr notwendig sein, erst abzuwarten, bis man vollständig übersehen könne, welche Einnahmen zur Verfügung kämen, welche Belastungsmöglichkeiten für die deutsche Volkswirtschaft noch auszuhandeln seien. Erst dann werde es denkbar sein, sich über die Aufwertungsfrage vollkommen zu entscheiden.

Auch der Reichsrat als Vertreter der Länder habe ja das allergrößte Interesse daran, daß das Aufwertungsproblem nicht isoliert, d. h. losgelöst vom Steuerproblem und Belastungsproblem, entschieden werde. Daher werde die Regierung alles tun, um zu erreichen, daß möglichst bald der Reichstag neben dem Aufwertungsproblem auch das Steuerproblem zusammen behandelt werden könne.

Geheimnisse und Schwierigkeiten in Genf.

Genf, 11. Februar. Die hängige Militärkommission des Völkerverbundes hat gestern ihre Arbeiten abgeschlossen, die sich unter strengster Aufsicht über die Öffentlichkeit und der Presse vollzogen.

Das strenge Geheimnis, mit der die Militärkommission ihre Arbeiten zu umgeben sucht, erklärt sich aus der Tatsache, daß starke Gegensätze in den beiden Hauptfragen bestehen, die zur Debatte stehen, nämlich 1. die Ausarbeitung von Vorschriften über die Anwendung von Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs auf die Entmilitarisierung der Rheinlande und 2. Sicherung der ungehinderten Durchführung der militärischen Nachforschungen in den besetzten Staaten.

In den beiden Fragen seien es eine Zeitlang, als ob die hängige Militärkommission nicht zu einem Beschluß kommen würde. Schließlich kam es in den beiden zur Verhandlung stehenden Problemen zu einem französisch-englischen Kompromiß, der in konkreten Vorlesungen an den Völkerverbund gerichtet wurde.

Vorläufig keine Veröffentlichung des Militärkontrollberichts.

London, 11. Februar. Die von verschiedenen englischen Blättern geforderte Mitteilung, wonach der Bericht der internationalen Kontrollkommission in einer Woche veröffentlicht werden würde, vollkommen unbegründet ist.

Eine Entschärfung der Frage, ob der Bericht überhaupt veröffentlicht werden könnte, konnte ebenfalls nicht erzielt werden, da der Bericht noch nicht vorliegt.

In unterrichteten Kreisen wird die von ausländischer Seite kommende Mitteilung, daß die Uebersetzung der Note der Alliierten in der Abwägung verzögert werde, um vorher eine gemeinsame Erklärung der Alliierten zu erzielen, als Verleumdung, die die Stillschließung im allgemeinen mit der nach englischer Ansicht rein legalen Frage der Räumung zu verknüpfen. Es wird von britischer Seite erneut nachdrücklich betont, daß die Fragen der Räumung und der Sicherheit und der alliierten Schutzes nichts miteinander zu tun haben und vollkommen getrennt voneinander behandelt werden müssen.

Nach der hier vertretenen Auffassung wird die Räumung Kölns in dem Augenblicke erfolgen, wenn Deutschland die von den Alliierten gestellten Abwicklungsbedingungen durchgeföhrt hat.

Von der Opiumkonferenz.

Ein Protokollentwurf und ein Entschluß sind bisher die Ergebnisse.

Amerika und China haben der Genfer Opiumkonferenz heute ihren Vorschlag gemacht, sie haben am Opiumhandel nicht zu handeln und sind daher Gegner jeder förmlichen Einwirkung, die von besonders England so interessiert ist. Eine Einigung war ausgeschlossen. Trotzdem hat man am 10. eine Protokollentwurf gemacht und hat sogar — einen „Protokollentwurf“ angenommen. Das ist immer noch etwas.

Weiter besteht die Debatte eine unermüdete Wendung durch einen Antrag des russischen Delegierten, wonach die Verbreitung des Opiumgeschäftes zum größten Teil durch die Wirren in Folge herbeigeföhrt wurde, die ihrerseits eine Folge des unerlaubten Waffenhandels seien und daß man wohl die, kein Verbot und darauf hinzuwirken, daß die nächste Konferenz für Waffenhandel sich mit dieser Frage befaßt. Gegen diesen Antrag erhob der japanische Delegierte Einspruch, worauf ihm bedeutet wurde, daß es sich nicht um Japan, sondern um China handelte, eine Vorfälle, die ebenfalls wieder zu Bedenken Anlaß gab, so daß die ganze Frage ortiert wurde.

Schwere Krisis in Sowjetrußland.

Arbeitslosigkeit / Teuerung / Wohnungsnot / Hunger / Passive Resistenz

Der sibirische Journalist Kapulow, der bisher durchaus nicht bolschewistisch eingestellt galt, war, veröffentlicht jetzt Kellerei: aus Sowjet-Rußland, die sich durch ihren pessimismus auszeichnen.

„Unter den Einwohnern Moskaus herrscht keine Gleichheit! Wir sehen die Anfänge einer neuen energielosen Bourgeoisie, leben die gezeichnete graue Masse der Staatsangestellten und Arbeiter, leben Arbeitslose, Armut und verfallene Kinder. Nirgendes ist das Existenzminimum so niedrig wie in Moskau. Das Unleben nach Miß, Manufakturwaren und Tee ist im laufenden Jahre wieder üblich geworden. In Moskau gibt es augenblicklich 118 000 eingeschriebene Arbeitslose, b. i. der zehnte Teil aller Einwohner. Nur 34 Proz. dieser Arbeitslosen erhalten Unterstützung. Es gibt keine Möglichkeit, sich ordentlich anzulegen, selbst zu leben und seelische Anforderungen zu befriedigen. Alles was auf Sozialismus hin wirkt, ist vollständig tot. Der Wohlstand ist so groß, nicht nur weil vieles während der Revolution vernichtet worden ist, sondern auch weil die Einwohnerzahl Moskaus schneller als früher wächst.

Die Hungersnot hat jetzt schon mit ungeheurem Wucht eingeleitet. Wie hoch die Verewaltung der hungernden Bevölkerung angeht, liegt kein Maß, die im Herbst zu sehen müßte, das aus ihren vom Mißstand bedrohten Gebieten zur Gewinnung von ausländischen Devisen die letzten Getreidevorräte ausgeführt wurden. — geht aus folgendem Bericht des Vorsitzenden der Stawropol-Gouvernementskommission an die Zentral-Kommission für Hungersnot hervor:

„Im Stawropol-Kreis sind sechs Fälle von Selbstverleugung hungernder Bauernfamilien festgestellt worden. In den Polizeiprotokollen ist gesagt, daß die in Verewaltung geratenen Familien, weil von landwirtsch. Getreide zu erhalten war, die Türen und Fenster verriegelt und nachts dann die Hütte angezündet hätten.“

Jetzt wird zwar in größter Eile auf den Wälfen in London und New-York von der Sowjet-Regierung Getreide aufgekauft. Bis es aber nach Rußland gebracht sein wird, dürfte

ten Tausende und Abertausende von Menschen in Rußland Hungers gestorben sein.

„In die Dörfer wird zudem von diesem ausländischen Getreide kaum etwas gelangen, weil es den Nachhabern im Kreml viel wichtiger ist, das Militär und die Arbeiter in den Städten zu ernähren, weil deren Unzufriedenheit viel gefährlicher werden könnte, als die unorganisierte und über das weite Land zerstreute Bauernschaft. Auch bei den vorigen Hungersnot sind etwa 5 Millionen Bauern gestorben. Für die Zukunft liegt in der passiven Resistenz der Bauern die schwerste Gefahr für das bolschewistische Regime, weil es selbstverständlich unmöglich ist, in jedem Dorfe Truppen zu unterhalten, um Unruhen im Reime zu erlösen. Der Kleinstkrieg zwischen Bauernschaft und Sowjet-Beamten hat jetzt schon beträchtlichen Umfang angenommen.“

Im letzten Halbjahr sind allein 60 Fortschritte und Wälfen von Bauern erschlagen worden, weil sie sich der Ausnutzung der Staatswälder durch die Bauern widersetzen. Die Bauern stellen sich nämlich immer mehr auf den Standpunkt, daß die staatlichen Wälder ebenso wie das Land der Gutsbesitzer von rechtschaffen ihnen gehören müsse. Der kommunistische Staat will nichts von der Aufteilung der Wälder an die Gesamtheit wissen, sondern vertritt den Staatskapitalismus. Die Bauernschaft wiederum, die schon die Wälder gegen die Wälfen der kommunistischen Partei genommen hat, tritt nach kommunistischem Prinzip für die gemeinschaftliche Nutzung des Waldes ein. Das heißt, er verlangt einfach, daß jeder Bauer nach Belieben sich Bau- und Brennholz schlagen könne, während dem Staate großmütig gestattet wird, für die Instandhaltung der Forsten zu sorgen.

Das Verhältnis zwischen Bauernschaft und Bolschewismus kann man dahin präzisieren, daß die Bauern trotz ihrer enormen Verluste infolge ihrer Unorganisiertheit den Bolschewismus, dem sie feindlich gegenüberstehen, nicht beleidigen können; andererseits ist aber auch der Bolschewismus nicht in der Lage, die passive Resistenz der Bauern zu überwinden. Dadurch ist der Sowjet-Staat nicht in der Lage, sich zu konsolidieren, sondern schiebt sich vor Katastrophe zu Katastrophe hin A. Sch.

Man muß lesen, daß der Völkerverbund mit erstaunlicher Langsamkeit und Vorhitz arbeitet, jedoch er vorursächlich zumuten den Völkerverbund, daß es gegen Deutschland, dann ist er sehr schnell bei der Hand.

Die Amerikaner denken nicht an Schuldenerstreckung.

Paris, 11. Februar. Wie „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, hat die britische Note an Frankreich hinsichtlich der Schuldentragung in politischen Kreisen keine Begeisterung hervorgerufen.

Es werde darauf hingewiesen, daß falls seit der Note beachtetig werde, die Vereinigten Staaten dazu zu veranlassen, die internationalen Staaten zu reagieren, sie würden ihren Erfolg haben werden. Es werde weiter erklärt, daß wenn ein französisch-britisches Abkommen hinsichtlich der Regelung der französischen Schulden an England abgeschlossen werde, ein solches Abkommen auch von einem französischen Anbieten an Amerika begleitet sein müsse.

„Die Sorte kenne ich. Das tut aber nichts. Das geht gar zu meiner Methode.“

„Sie ist ja Ihre Methode. Also wie ist die?“

„Sie ist ja. Ich nehme Sie mit...“

„Sie nehmen mich nicht?“

„Ja, ich nehme Sie mit. Ich nehme immer die Parteien mit. Dann hat die Information immer neben sich und kann keinen Irrtum begehen.“

„Ausgewiesenen!“

„Ganz vorzüglich! Zugleich steht die Partei, wie ich arbeite, das heißt das Vertrauen.“

„Könnte bei mir nicht mehr härter werden.“

„Ihre warmen Worte trugen sich und steigerten so noch die geistliche Temperatur.“

„Wenn wir nur erst so weit wären!“ seufzte er.

„Wie weit?“ fragte sie sanft mit lächelnder Neugier.

„Ja, in eben jenseit!“

„Sie drücken einander die Hand und tanzen jetzt genau die Entfernung.“

„Der verleihe uns.“

„Das ist eine prächtige Idee.“

„Ich verleihe sich immer. Ich habe eine ganz hübsche Idee. Wascherbe — die habe ich einmal auf der Verleugung eines vertrackten Theaterunternehmens gefaßt.“

„Sieh! Sieh! Ja, hübsch!“

Brau Sabina überließ seine Gestalt. „Ich meine, wenn Sie einen schwarzen Schürze und ein blaues Hemd, eine hohe dunkle Mütze mit einem großen Quasten und einen alten schwarzen Hut. Ich siehe eine Bänderhaube über und trage dazu einen Schal. Wir markieren ein etwas altertümliches Handwerkerpaar.“

Antrag zur Lage der Angestellten.

Der Reichstagsabgeordnete Otto Thiel vom Deutschnationalen Handlungsvereins hat bei im Reichstagsabstimmungsausschuß folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuß und der Reichstag wollen beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. Mit Würdigung auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten eine Erhebung zu veranlassen, aus der die Zahl der stellenlosen Angestellten, gegliedert nach Berufsart, Geschlecht, Lebensalter, Berufsstand, Familienstand und Dauer der Stellenlosigkeit herorgeht,
2. zu ermägen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die berufliche Existenz insbesondere der älteren Angestellten zu sichern.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter anderen trat der Antrag auch die Unterschriften von Dr. Cremer und Dr. Moldenhauer.

Steuerreform!

Deutschnationaler Antrag im Reichstag.

Die deutschnationalen Fraktion brachte folgenden Antrag im Reichstag ein: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald eine Neuregelung des gesamten Steuerwesens vorzunehmen, die insbesondere mit dem bisherigen Grundbesitz, die Steuerpolitik auf Kosten der Wirtschaft zu treiben, bringt, und folgenden Richtlinien gebührend Rechnung trägt:

1. Vereinachlung der Steuererhebung und der Steuerverwaltung, namentlich durch einheitliche Bemessung der Steuerhörsätze, eine zweckmäßige Zusammenlegung der zurzeit bestehenden Steuererlässe, um damit eine bessere Übersehbarkeit und Verständlichkeit herbeizuföhren.
2. Gerechtere Verteilung der Steuerlasten, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler und Beilegung der Beinträchtigung der Produktionsfähigkeit der Wirtschaft wie der doppelten Einschlagung der Steuerproben.
3. Unterbindung der willkürlichen und schematischen Schätzungen bei der Einkommensteueranlegung, Verminderung der derzeitigen vielen Steuerarten, Erweiterung der Steuerfundierungsmöglichkeiten.
4. Einführung einer ordnungsmäßigen Veranlagung o. d. Entrichtung der Steuern, Wiedererrichtung des Grundbesitzes der Ertragsbesteuerung bei erträglichen Steuerhörsätzen, mögliche Herabsetzung der Besteuerung bei nicht rechtzeitiger Steuerzahlung.
5. Angemessene Mitwirkung der Berufsvertretungen bei der Steueranlegung und Verpflichtung der Finanzämter und Katasterämter zu deren gutachtlicher Anhörung.
6. Herabsetzung der Umsatzsteuer mindestens auf ein Prozent, Vereinfachung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer und Annahme folgender Aufgabebestimmung § 8. „Zum Entgelt für die steuerpflichtige Leistung rechnen nicht Steuern und sonstige Abgaben, die als solche dem Leistungsempfänger neben dem Leistungsentgelt gelohnt in Rechnung gestellt werden.“
7. Abschaffung der Luxussteuer, soweit sie sich als Bestrafung der Qualitätsarbeit auswirkt.
8. Gerechte Staffelung der Lohnnummernsteuer, nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit.
9. Aufhebung des § 410 der Reichsabgabenordnung.

25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Serbet.

36 Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Das hat mein Dritter auch oft gemeint“, erklärte sie und schaute in einen Augenblick vor sich. „Lebigenfalls — fuhr sie dann geschäftig fort —. Sie wollen wahrscheinlich noch mehr von ihm. Alles, auch das Kleinste ist von ihm. Erzählen Sie doch mehr! Was haben Sie denn von ihm erfahren?“

„Na ja!“ sagte Sulzhan, zog die Arme auf und schlang die Hände darüber. „Wie's eben diese Artel treiben! Er ist von Haus aus Zudecker und führt den Spitznamen „Amerikan.“

„Amerikan! Seltsam!“

„Ja, Seltsam! Aber trotz von Seltsamkeiten. Eine Zeitlang war er Handelsbureau in einem Wälfenpersonal.“

„D du Souner.“

„Dann hatte er eine kleine Wirtschaft draußen gegenüber dem Gefängnis — „Zum letzten Tropfen“ glaube ich, heißt sie.“

„Freiwillig! Freiwillich! Kennen Sie diese Wirtschaft nicht? O, die lenne ich gut.“

„Nein! Ja, wenn Sie nicht so hort.“

Sabina sagte, „Dann es ich einmal mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht hätten, würden Sie die sicher kennen.“

„Aber mochten denn Sie?“ Er schüttelte den Kopf aber den doch etwas gewagten Scherz. „Dann — fuhr er fort —, hatte er eine Kapselwirtschaft in der Umgebung und hielt den Tag über einen kleinen Betrieb.“

„Jetzt betreibt er einen Zirkus auf der Weidwiese, in dem keine Glanznummer eine Dame ohne Unterleib ist, die Vorwärts matt.“ Sabina fante mit dem Bleistift über das Papier und schaute vor sich. „Wie's eben!“ sagte sie, „Ich bin ganz unverändert.“

halten kann. Denn bei Tatsachen kommt es auf jedes Wort an — und was ich sage, sind lauter Tatsachen.“

„Das heißt man.“ Sie nickte. „Wer so eine lange Praxis hat, wie ich, der merkt es gleich, wenn jemand keine Tatsachen bringt, sondern flunkert mit. Mit dem Flunkern hat einer kein Glück bei mir.“

„Sie überlag ihre Niederstimmigkeit und bedachte sich. Und jetzt berichtet er Sie also mit Ihrer Frau?“

„Selber!“

„Und Sie wollen ihn überführen?“

„Es wogegen bin ich zu Ihnen gekommen.“

„Das war der allein Richtige. Ich habe noch jeden überführt. Ich habe dazu eine ganz etoene Methode.“

„Das hat man die kennen?“

„Sie schon.“ Sie betrachtete ihn mit Wohlgeföhlen. „Sie haben etwas ungemein Sympathisches.“

„Das hat meine Frau zu gefunden.“

„Ich verleihe Ihre Frau nicht. Sie ist ich noch wohlgeföhlicher an. „Was haben Sie denn eigentlich von mir, wenn Sie ihn überführt haben?“

„Nicht und kann?“

„Ja, dann!“ Er seufzte. „In meinen Jahren allein sein ist hart.“

„Nurhardt hart! Für Sie eigentlich zu hart.“

„Ja, das kann Ihnen für dieses Mittelgeföh. Aber kann man noch jemandem vertrauen — einer Frau, meine ich?“

„Es kommt auf den Menschen an — auf die Frau, meine ich.“

„Das ist die lässige Iselmeit.“ „Wie's eben!“

„Aber!“ — sagte sie dann schnell und eifrig — „das heißt im zweiten Teil. Jetzt wollen wir den Buchchen ein mal auf Ihre Nehmen.“

„Das wollen wir. Nur müssen wir außerordentlich vorsichtig sein, wenn wir Sie, er ist ein großer Schlingel. Wenn der hier läge, wo ich sie, würde er auch noch sagen, er wäre es nicht.“

„So viel ich weiß, treffen sie sich regelmäßig mittags hinter dem Grillparzerdenkmal.“

„Sicher beim Grillparzerdenkmal — aber! Da geht's hart in den Park.“

„Richtig! Da geht's dann in den Park — aber dann auf einmal sind sie wie weggeblieben.“

„Nun, nur beruhigt, Herr Postorn! Wir werden sie wieder herholen.“

„Als man so weit war, veränderte man sich am nächsten Mittag um ein Uhr bei ihr zu treffen, um dann zum Grillparzerdenkmal zu gehen.“

„Wissen Sie — sagte Frau Sabina mit leuchtenden Augen —, ich werde gleich aus meine anderen Auftraggeberinnen hinbestellen. Ich das nicht eine glänzende Idee?“

„Er lachte laut vor Vergnügen und Begeisterung. „Eine ganz glänzende Idee! Aber beschließen Sie die vielleicht eine Stunde später, dann mit beide erst einmal die Seelische ein wenig überblenden können.“

„Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Anregung, Herr Postorn! Also eine Stunde später!“

„Wie er also, zeigte er ihr mit einer gewissen Mühseligkeit ein großes, schönlesenes Auerer.“

„Ich habe da eine bedeutende Angelegenheit zu ordnen.“

„Mein letzter Wille!“ Sie lie und fragte feierlich. „Testamentausangelegenheiten? Das made ich auch.“

„Er legte ihr die Hand um die Schultern. „Nun, wer weiß, vielleicht können wir es miteinander machen?“

„Sie schauten sich so nahe in die Augen, daß er für einen Augen gab, den sie verstand zu sich nahm.“

„Ich muß Erben aussmitten!“ sagte er. „Erben aussmitten!“ Sie jagelte. „Das ist etwas ganz Schönes. Die Geld?“

„Oh!“